

Übrigens

Jugendsprache leicht gemacht

Als Praktikantin und blutige Anfängerin in Sachen Journalismus bin ich es meistens, die ganz viele Fragen stellt. Niemand in der Redaktion ist sicher vor meiner Fragerei. Ich brauche Synonyme, Ideen für Titel, ja sogar Wegbeschreibungen, damit ich die Spülmaschine im untersten Geschoss finde.

Man kann sich also meine grosse Überraschung vorstellen, als die Chefredaktorin des «Boten» plötzlich von mir etwas wissen wollte. Ich wappnete mich innerlich auf eine ernste, lebensentscheidende Frage und setzte bereits eine gewichtige Miene auf. Mit der Frage, die dann kam, hatte ich aber nicht gerechnet. Sie zerrte an meiner seriösen Fassade, und ich konnte mir ein Schmunzeln nicht verkneifen.

«Was heisst cringe?», fragte die Chefredaktorin. Als das jüngste Mitglied im ganzen Redaktionsteam erwartete man natürlich eine Antwort von mir. Ich konnte endlich brillieren. Die Jugendsprache sollte mein Spezialgebiet sein, bin ich doch selber in der Blüte meiner Jugend. Man ignoriere dabei, dass ich mich meistens des Vokabulars einer Grossmutter bediene, die zu viele Jane-Austen-Romane gelesen hat, und mir öfters vorgeworfen wird, ich solle doch normales Schweizerdeutsch reden, statt in blumiger, altmodischer Sprache alles bis ins klitzekleinste Detail zu beschreiben. Ich ertappe mich dabei, wie ich es jetzt gerade wieder tue.

«Cringe», begann ich und stockte. Wie beschreibe ich ein Wort, das ich in Situationen benutze, in der sich mein Gegenüber so blamiert, dass auch ich peinlich berührt bin? Cringe ist es, wenn Erwachsene diesen Ausdruck brauchen und ihn im falschen Kontext verwenden. Wie mache ich klar, dass es mittlerweile fast schon cringe ist, cringe zu sagen, da wir in der Jugendsprache schon wieder einen Schritt weiter sind? Cringe ist alles, was einen das Gesicht verziehen lässt und einen zusammenkrampfen lässt, weil es so unangenehm ist.

Das versuchte ich meiner Chefredaktorin zu erklären, ohne dabei selbst cringe zu wirken.



Alena Gnos
Praktikantin

Gewässerschutzverband wächst um drei Orte

Region Die drei Zürcher Gemeinden Knonau, Kappel a. A. und Mettmatten schliessen sich im kommenden Jahr dem GVRZ (Gewässerschutzverband der Region Zugersee-Küssnachtsee-Ägerisee) an, dem auch die Schwyzer Kommunen Arth und Küssnacht angehören. Dafür wird die ARA Knonau in ein Pumpwerk umgerüstet und die Abwasserleitungen im neuen Einzugsgebiet in das Kanalnetz des GVRZ integriert. (pd)

Für 40-Prozent-Antrag war der Stichentscheid notwendig

Der neue Präsident der Staatswirtschaftskommission führt die Mehrheit gegen Regierungsentscheid an.

Jürg Auf der Maur

Dem Kanton steht ein politisch heisser Winterstart bevor. Zuerst entscheidet der Kantonsrat im November, ob im Kaltbach in Schwyz ein neues Verwaltungszentrum gebaut werden soll.

Dann wird im Dezember entschieden, ob das Theserianum Ingenbohl und das Kollegium Schwyz zur Kantonschule Innerschwyz fusionieren sollen. Und schliesslich – das umstrittenste Geschäft – wird entschieden, ob die Steuern per 2022 um 20 oder sogar um 40 Prozent einer Einheit gesenkt werden (siehe «Bote» von gestern).

Jetzt wird klar: Die Idee der FDP, welche die SVP unterstützt, wird auch von der Staatswirtschaftskommission (Stawiko) getragen. Sie beantragt dies gegen den Willen der Regierung, welche nur eine halb so hohe Reduktion will. «Nach intensiven Diskussionen», so die Medienmitteilung der Stawiko, kam der Antrag «per Stichentscheid des Präsidenten» zustande.

Das Geschäft war in der 15-köpfigen Kommission hart umstritten. Am Schluss entschied der neue Präsident, SVP-Kantonsrat Fredi Kälin, zugunsten der höheren Steuersenkung. Es sei ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, wie es auch gesetzlich vorgeschrieben sei, argumentierte er.

«Dem Bürger wird gesetzeswidrig Geld auf Vorrat aus der Tasche gezogen. Das ist kein Plan, das ist visionslos», hält FDP-Vizepräsident Heinz Theiler fest. Eine Reduktion um 40 Prozent sei nur schon deshalb notwendig, weil die Regierung trotz einer 20-Prozent-Senkung bereits wieder 80 Millionen Franken Überschuss budgetiere. Es brauche nun eine massive Steuersenkung samt grossen Investitionen. Nicht zuletzt, weil die Eigenmittel bald 900 Millionen ausmachten.

Mitte-links ist einer Meinung und lehnt 40-Prozent-Senkung ab

Die Kritik am Entscheid in der Kommissionsminderheit ist gross. Kein Wunder deshalb auch, dass das gemeinsame Communiqué erst nach mehrtägigem Hin und Her verabschiedet



Der Einsiedler SVP-Kantonsrat Fredi Kälin präsidiert seit Kurzem die Staatswirtschaftskommission. Dank ihm kam der 40-Prozent-Steuersenkungsantrag zustande. Bild: Erhard Gick

«Dieser Vorschlag ist irrsinnig. Bei der Vermögenssteuer müsste der Kanton mehr abgeben, als er einnimmt.»

Karin Schwiter
SP-Präsidentin

det werden konnte. Die Minderheitsmeinung wird von der Mitte-Partei angeführt. Es mude geradezu «ironisch an», wenn die FDP daran erinnere, dass die Finanzen des Kantons vor zehn Jahren in Schiefelage geraten seien, hält Mitte-Präsident Bruno Beeler fest. Und wettet: «Offenbar hat die FDP nichts aus der Situation gelernt. Damals führte der Dividendenrabatt zu einem Minusgeschäft.»

Heute wären dies die Vermögenssteuern: «Mit einem subventionierten Dumping-Steuerfuss von 110 Prozent ist der Kanton Schwyz so attraktiv für hohe Vermögen, dass unser Steuersubstrat durch Neuzuzüge explodieren könnte.» Die «hervorragende» Finanzlage würde, so Beeler, aber ermöglichen, dass die «stossenden Unterschiede bei der Höhe der Gemeinde- und Bezirkssteuern» reduziert werden könnten. Eine massvolle Steuersenkung sei zudem auch «staatspolitisch

sinnvoller». Auch Michael Spirig, Stawiko-Mitglied und GLP-Kantonsrat, spricht sich klar gegen eine Steuersenkung um 40 Prozent aus.

«Wir gehen sicher nicht in die Untermargigkeit, wie das bei der Vermögensbesteuerung sonst der Fall wäre.» Das würde nämlich bedeuten, «dass jeder Steuerzahler drauflegt, wenn ein Vermögiger in den Kanton zieht, weil der neue Finanzausgleich NFA überproportional steigt. FDP und SVP machen also ein negatives Steuergeschenk. Aber es ist sehr schön eingepackt.» Wie Beeler plädiert auch Spirig dafür, dass der Kanton besser von den Gemeinden Aufgaben übernehme, die dann ihre Steuern senken könnten.

Auch die SP wehrt sich: «Dieser Vorschlag ist irrsinnig», sagt SP-Präsidentin Karin Schwiter. Der Kanton müsste bei der Vermögenssteuer mehr in den NFA einzahlen. Jetzt gelte es, den finanziellen Spielraum zu nutzen.

«Kein Bedürfnis nach Impfungen»: Alpthal will nicht, dass der Impfbus hält

Der Gemeinderat fällt einen ungewöhnlichen Entscheid und verzichtet auf den Besuch des Impfbusses.

Am vergangenen 28. Oktober traf sich der siebenköpfige Gemeinderat von Alpthal zu einer Sitzung. «Keine Meldung», hiess es danach auf der Website der Gemeinde über das Treffen. Dabei fällte der Gemeinderat einen Entscheid, der sich inzwischen im ganzen Kanton Schwyz herumgesprochen hat.

Im Rahmen der nationalen Impfwoche tourt vom 8. bis 13. November ein Impfbus durch den Kanton. Er macht halt in allen Gemeinden. Ausser in Alpthal, denn der Gemeinderat hat beschlossen: Das Gefährt und seine Equipe sind nicht erwünscht. Sie sollen Alpthal fernbleiben. Die Gemeinde zählt 600 Einwohner und liegt im Bezirk Schwyz, auf 1000 Metern. Im Kanton sind 56 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner vollständig geimpft

gegen das Coronavirus; das ist vor Obwalden und Appenzell Innerrhoden der drittiefte Wert unter den Ständen der Schweiz. In Alpthal wohnen offenbar besonders viele Impfskeptiker.

Der Impfbus würde leer bleiben, sagt der Gemeindepräsident

Der Gemeindepräsident Adelbert Inderbitzin sagt: «Es gibt in Alpthal kein Bedürfnis nach Impfungen.» Wer die Impfung wolle, habe sie bereits bekommen. Und in Einsiedeln könne man sich jederzeit impfen lassen; das sei nicht weit von Alpthal. «Der Impfbus würde stundenlang in unserem Dorf stehen, ohne dass ihn jemand aufsuchen würde. Darum hat der Gemeinderat entschieden, dass der Impfbus nicht nach Alpthal fahren soll», meint Inderbitzin,

der keiner Partei angehört. In Alpthal gibt es keine Ortsparteien.

Was meint man bei den kantonalen Gesundheitsbehörden zum Beschluss des Gremiums? «Wir haben die Absage der Gemeinde Alpthal zur Kenntnis genommen», sagt die Kantonsapothekerin Regula Willi-Hangartner.

Auch einen Kurzstopp des Impfbusses wollte man nicht

Im Amt für Gesundheit und Soziales des Kantons Schwyz fällt es einigen schwer, den Entscheid des Alpthaler Gemeinderats zu verstehen. «Man hört immer, dass es um Freiheit der Menschen gehe. Wenn man Wert legt auf die persönliche Freiheit, dann sollte man die Einwohner selber entscheiden lassen», sagt ein Mitarbeiter. Dem

Impfbus zu verbieten, dass er im Dorf vorfahre, komme einer Bevormundung der Menschen in Alpthal gleich. Zumal sich der Bus ja nicht tagelang auf dem Territorium aufgehalten hätte.

Auf der Tour durch den Kanton Schwyz sind in den Dörfern nur kurze Stopps von einer, zwei oder höchstens drei Stunden vorgesehen. Aber auch einen einstündigen Aufenthalt des Impfbusses wollte der Alpthaler Gemeinderat nicht hinnehmen.

Wie hoch ist in der Gemeinde der Anteil der Bevölkerung, der sich bisher hat impfen lassen? «Dazu haben wir keine Angaben», teilt Kantonsapothekerin Willi-Hangartner mit. Die Schwyzer Impfwoche, sie lässt sich zäh an.

Francesco Benini